

Alternativen für Oldenburg



Kommunalwahl 2021

Deutschland.
Aber normal.

Alternative
für
Deutschland



Alternative für Deutschland



Liebe Oldenburger Bürgerinnen und Bürger!

Unsere Stadt steht vor großen Herausforderungen. Die Bewältigung der Coronakrise und die daraus resultierenden Schäden für die heimische Wirtschaft sind nur mit einer klugen Politik zu meistern.

Mehrausgaben für Klimamaßnahmen bei höherer Neuverschuldung wären eine zusätzliche Belastung für den städtischen Haushalt. Ein tragfähiges Verkehrskonzept, der Nahverkehr, die Schaffung von günstigem Wohnraum, sowie Unterstützung von Familien und die Bildung unserer Kinder sind weitere wichtige Themen.

Wir stehen für eine vernunftorientierte Politik ohne Denkverbote. Unsere Ratsleute werden auch künftig Ihre Interessen vertreten. Wir möchten die Stadt raus dem Krisenmodus bringen und zurück zur Normalität.

Wir lieben Oldenburg. Aber normal.

Oldenburg braucht dringender denn je eine Alternative. Das sind wir.

*Ihre Alternative für Deutschland
Kreisverband Stadt Oldenburg*



Familie & Soziales

Die klassische Familie bildet die soziale Keimzelle der Gesellschaft. Diese möchten wir stärken. Selbstverständlich akzeptieren wir aber andere Lebensentwürfe.

Erziehung ist die Kernaufgabe der Eltern. Wir möchten die Leistungen der Mütter mehr wertschätzen.

Die Würde des Menschen gilt auch im Arbeitsamt. Wir setzen uns für mehr Menschlichkeit im Jobcenter sowie für personenbezogene Berater im Arbeitsamt ein.

Sozialbetrug, beispielsweise durch Vortäuschungen, Verschweigen oder Mehrfachmeldungen, muss konsequenter verfolgt werden. Wir plädieren für einen besseren innerbehördlichen Datenaustausch.

Das Ehrenamt möchten wir noch stärker würdigen.



Eine robuste Wirtschaft sichert gute Arbeitsplätze.

Dazu möchten wir:

- einen Runden Tisch mit Einzelhändlern, Bürgern und Partnerstädten, um die Oldenburger City zu stärken
- mehr verkaufsoffene Sonntage
- die Hebesätze zur Gewerbesteuer senken

Der Haushalt kann nur über die Ausgabenseite ins Gleichgewicht gebracht werden.

Unsere Vorschläge:

- den Haushalt konsolidieren und Verschuldung abbauen
- auf teure Prestigeprojekte verzichten
- Verwaltung verschlanken
- alle freiwilligen Ausgaben auf den Prüfstand stellen



Klima & Umwelt

Wir lieben unsere Heimat und unsere Umwelt. Wir treten für Klimarealismus statt Klimareligion ein.

Zwischen CO₂ und Erderwärmung gibt es laut Angaben des Weltklimarates keinen eindeutigen Zusammenhang. Teure Maßnahmen auf Basis von Vermutungen lehnen wir ab.

Umweltpolitik sozial denken. Finanziell Schwächere sind von Steuererhöhungen am meisten betroffen und können von Subventionen am wenigsten profitieren. Diese Maßnahmen lehnen wir daher als unsozial ab.

Wir setzen auf Forschergeist und Technologieoffenheit. Der Verbrennermotor ist auf absehbare Zeit unersetzlich. Die Wasserstofftechnologie ist vielversprechend. Elektrofahrzeuge sind dagegen durch die aufwändigen Akkus ökologisch höchst bedenklich.

Wir gewähren gerne Asyl, wenn die Voraussetzungen erfüllt sind. Aber Asyl bedeutet Schutz auf Zeit.

Eine massenhafte Einwanderung lehnen wir ab.

Ebenso möchten wir die Duldung von Ausreisepflichtigen beenden.

Wir verlangen mehr Transparenz der Kosten.

Wie viel kosten Asyl, Migration und Integration den städtischen Haushalt?

Welche Träger bekommen öffentliche Gelder?

Welche Projekte werden in welchem Umfang unterstützt?

Eine Finanzierung rein ideologischer Projekte ohne nennenswerten Effekt auf die Integration muss ausgeschlossen sein.



Bildung & Schule

Die Bildung unserer Kinder ist entscheidend für die Gestaltung unserer Zukunft. Schlechte Mittelausstattung und Ungleichbehandlung der einzelnen Schularten prägen das Bildungssystem in unserer Stadt.

Wir setzen uns für tatsächliche Solidarität und Gleichbehandlung der Schularten ein und fordern:

- deutliche Erhöhung der Mittelausstattung an den Grund- und Oberschulen
- eine stärkere Aufnahme von Hauptschülern an den Integrierten Gesamtschulen (IGS) durch Neugestaltung des Verteilungsschlüssels (gelebte Solidarität statt Lippenbekenntnisse)
- Sanierungen von Schulgebäuden an den Grundschulen, Oberschulen und Gymnasien
- schnelleren Ausbau der Digitalisierung an den Schulen - einem Oberzentrum würdig.

Kultur ist uns eine Herzenssache. Wir möchten sowohl den großen Institutionen wie auch der freien Szene gute Arbeitsbedingungen ermöglichen.

Zur Kulturförderung gehören aber auch Effizienz und Abwägen. Viele Millionen teure Prestigeprojekte wie den Neubau des Stadtmuseums sehen wir daher kritisch.

Ein besonderes Anliegen ist uns die Stadtgeschichte Oldenburgs. Hier wünschen wir uns eine größere Präsenz.

Wir möchten, dass die Stadt Oldenburg in Publikationen und in ihrem Schriftverkehr auf gegenderte Sprache verzichtet.

Wir möchten eine transparente Darstellung sämtlicher Fördergelder auf der Internetseite der Stadt Oldenburg mit Angaben zu den geförderten Projekten und den Projektträgern.



Verkehr & Bahn

Wir stehen für ein gleichberechtigtes Nebeneinander der verschiedenen Verkehrsformen. Eine Bevorzugung des Fahrrads und eine Benachteiligung des Autos weisen wir zurück.

Wir möchten:

- den ÖPNV noch mehr fördern
- eine Ringlinie, die die Randstadtteile direkt verbindet
- Expresslinien, die schneller vom Stadtrand in der City sind
- die Taktung der Busse erhöhen
- Stadtteilbahnhöfe reaktivieren

Nach der Bahnbrücke Alexanderstraße möchten wir auch eine schnelle Lösung für die stark frequentierte Bahnquerung an der Stedinger Straße.

Wir setzen uns für mehr Präsenz der Polizei in der Innenstadt in den Abendstunden ein, um mehr Sicherheit zu erreichen.

Kameraüberwachung lehnen wir ab.

Als überzeugte Verfechter der freiheitlich-demokratischen Grundordnung lehnen wir jeden Extremismus ab. Wir kritisieren die einseitige Fokussierung von Verwaltung und Altparteien auf den Rechtsextremismus.

Von der Antifa, die mit faschistischen Methoden agiert, geht eine hohe Gefahr aus. Dieser muss die Stadt angemessen entgegen treten.

Wir beobachten eine zunehmende Vermüllung im öffentlichen Raum. Hier braucht es sowohl Aufklärung bei unseren neuen Mitbürgern wie auch konsequente Verfolgung von Straftätern.

Oldenburg wächst und braucht mehr Wohnraum.

Die in der laufenden Legislatur beschlossenen Sozialquoten halten Investoren vom Bau zusätzlicher Wohnungen ab und teilen den Wohnungsmarkt in Sozialmieten und Luxusmieten. Bezahlbare Wohnungen für Geringverdiener leicht oberhalb der Sozialschwelle fehlen dadurch.

Wir begrüßen die Sanierung von Altbauten. Aber wir lehnen eine Subvention von Sanierungen ebenso ab wie weiteren Zwang zur Sanierung.

Wir möchten das Bauen erleichtern und schlagen eine deutliche Senkung der Grunderwerbssteuer vor.

Das Einfamilienhaus, das Ideal und der Traum zahlreicher Familien, steht unter unserem ausdrücklichen Schutz. Jegliche Verbotsabsichten weisen wir entschieden zurück.



Die Gesundheitsversorgung ist für uns Staatsaufgabe.

Oldenburg ist als Oberzentrum angemessen mit Krankenhäusern ausgestattet.

Für die Aufsicht des Klinikums wünschen wir uns mehr Experten und weniger Politiker, also eine qualifiziertere Kontrolle.

Gesundheit darf nicht an ökonomischen Zielen gemessen werden.

Wir unterstützen die European Medical School an unserer Universität und werden diese gegen Kürzungswünsche des Landes verteidigen.



Bürgerbeteiligung

Eine möglichst weitgehende Beteiligung der Bürger an den politischen Entscheidungen auf allen staatlichen Ebenen ist der Alternative für Deutschland ein besonders wichtiges Anliegen.

Die formellen Anforderungen an Bürgerbegehren können wir als Kommune nicht ändern. Aber Rat und Verwaltung können auf freiwilliger Basis die Bürger über Befragungen stärker an den politischen Entscheidungen beteiligen.

Wir möchten die Oldenburger bei wichtigen Fragen – beispielsweise zur Gestaltung des neuen Stadtteils Fliegerhorst oder bei wichtigen Entscheidungen zum Verkehr – sowie bei besonders teuren Entscheidungen wie über den Bau eines neuen Stadtmuseums befragen.

Kommunale Selbstversorgung

Die Wasserversorgung Oldenburgs muss in städtischer Hand bleiben. Eine Privatisierung lehnen wir ab.

Gleichberechtigung statt Gleichstellung

Eine Frauenquote in Behörden lehnen wir ab. Die Gleichstellungsstelle garantiert ein faires Auswahlverfahren. Eignung und Leistung sollen bei Personalentscheidungen unabhängig von Geschlecht oder Parteizugehörigkeit ausschlaggebend sein.

Wir möchten den Umfang des öffentlichen Dienstes auf das erforderliche Mindestmaß reduzieren und den jahrelangen Aufwuchs der Verwaltung möglichst zurückführen.

Es sind die Bürger, die den öffentlichen Dienst bezahlen. Daher haben sie einen Anspruch auf schlanke und effiziente Verwaltungsstrukturen.



Herausgeber:

AfD-Kreisverband Stadt Oldenburg

V.i.S.d.P.: Andreas Paul, Vorsitzender

Postfach 1101

26001 Oldenburg

kontakt@afd-stadtoldenburg.de

www.afd-stadtoldenburg.de

www.facebook.com/afd.kv.stadt.oldenburg/

Ihre Spende für mehr *normal* im Stadtrat

Alternative für Deutschland

IBAN: DE07 2805 0100 0090 8251 00

BIC: SLZODE22XXX

Wenn Sie bei Ihrer Überweisung Ihre Anschrift angeben, schicken wir Ihnen eine Spendenbescheinigung zu.